

Stand: 22.01.2012

## Die Anhaltehäftlinge des Ständestaates (1933–1938)

Passend zum Beschluss des Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetzes am 18. Jänner 2011: Erste Ergebnisse eines umfassendes Forschungsprojekt geben Auskunft über die Zahl und die politische Verteilung der Anhaltehäftlinge des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes.

### Projektüberblick: Die Sozialstruktur der Häftlinge der österreichischen Anhaltelager 1933–1938

Nähere Informationen: <http://www.kurt-bauer-geschichte.at/forschung.htm>

**Forscher:** Dr. Kurt Bauer; Zeithistoriker, lebt in Wien. Schwerpunkte: Sozial- und Mentalitätsgeschichte, österreichische der Zwischenkriegszeit, NS-Forschung. Freier Mitarbeiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Historische Sozialwissenschaft; Lehrbeauftragter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien. Näheres: <http://www.kurt-bauer-geschichte.at/>

**Institution:** Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft; Näheres: <http://www.lbihs.at/>

**Gefördert von:** Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank; Zukunftsfonds der Republik Österreich

**Ziel des Projektes** ist die Erforschung der sozialen Zugehörigkeit, altermäßigen Zusammensetzung und regionalen Herkunft der österreichischen Anhaltehäftlinge 1933 bis 1938. Dadurch wird es möglich sein, erstmals empirisch fundierte Aussagen über die Sozialstruktur der Aktivisten, Mitglieder und Anhänger der SDAP, KPÖ und NSDAP in der Zwischenkriegszeit zu machen.

## Was war die Anhaltung? Wie unterschied sie sich von anderen Formen der Inhaftierung politischer Gegner?

Prinzipiell lassen sich im Ständestaat mehrere Wege zur Disziplinierung und Aburteilung politischer Gegner unterscheiden:

- durch Urteile der ordentlichen **Gerichte**;
- durch **Sondergerichte** wie den **Standgerichten** (insbesondere zur Aburteilung der Aufständischen des 12. Februar 1934) und den **Militärgerichten** (geschaffen zur Aburteilung der nationalsozialistischen Putschisten vom 25. Juli 1934);
- durch von Polizei und politischen Behörden verhängte **Verwaltungsstrafen**;
- durch die **Anhaltung** („Verhaltung sicherheitsgefährlicher Personen zum Aufenthalte in einem bestimmten Orte oder Gebiete“).

Mit der „**Anhalteverordnung**“ vom 23. September 1933 war es den österreichischen Sicherheitsbehörden möglich, „sicherheitsgefährliche Personen“ ohne richterlichen Befehl und auf bloßen Verdacht hin (also ohne konkret nachweisbares Delikt) auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren.

Das **Instrument der Anhaltung** entsprach demnach der im Deutschen Reich bereits mit der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 geschaffenen **Schutzhaft**, durch die die „rechtliche“ Voraussetzung zur Einweisung missliebiger Personen aller Richtungen in Konzentrationslager (wie etwa Dachau) geschaffen worden war.

Die Einweisung in ein österreichisches Anhaltelager markierte zweifellos einen tiefen Einschnitt in jeder Biographie und konnte vielfältige negative Auswirkungen auf jeden davon Betroffenen haben. Aber mit den nationalsozialistischen „Konzentrationslagern“ lässt sich die Anhaltung trotzdem nicht vergleichen. Das geht aus vielen Aussagen von linken Anhaltelhäftlingen, die beide Lagersysteme kennengelernt hatten, deutlich hervor.

Das **Anhaltelager Wöllersdorf** wurde im Oktober 1933 auf dem Gelände der k.u.k. Munitionsfabrik in Wöllersdorf bei Wiener Neustadt eingerichtet. Es steht geradezu als Synonym für das System der Anhaltung 1933 bis 1938. Allerdings war Wöllersdorf nicht das einzige Lager. Vorübergehend existierten Anhaltelager auch in Kaisersteinbruch (bei Bruck an der Leitha), in Messendorf und Waltendorf bei Graz sowie behelfsmäßig nach dem 12. Februar und 25. Juli 1934 an vielen anderen Orten. Zudem konnte eine „Anhaltung“ auch in einem **Polizeigefängnis** oder **Gerichtsarrest** vollzogen werden. Viele prominente Wiener Sozialdemokrat/-innen wurden beispielsweise im berühmt-berüchtigten Polizeigefangenenhaus an der Elisabethpromenade („Liesl“) angehalten.

## Welche Quellen wurden ausgewertet?

Im Österreichischen Staatsarchiv/Archiv der Republik existiert ein 89 Archivkartons umfassender Bestand der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit aus den Jahren 1933 bis 1938, der alle die Anhaltung betreffenden Aktenbestände beinhaltet. Vielen dieser Dokumente sind konkrete personenbezogene Daten von Anhaltelhäftlingen zu entnehmen.

Dieser umfangreiche Bestand musste Dokument für Dokument durchgearbeitet werden. Pro Person, die in der Datenbank aufscheint, wurden im Schnitt drei bis sechs Dokumente ausgewertet.

## Überblick: Gesamtzahl der erfassten Anhaltehäftlinge

	Nationalsozialisten	Linke (Sozialdemokraten u. Kommunisten)	zusammen
Männer	8.348	3.020	11.368
Frauen	19	107	126
<b>Gesamt</b>	<b>8.367</b>	<b>3.127</b>	<b>11.494</b>
Anteil	72,79%	27,21%	

Insgesamt enthält die im Rahmen des Forschungsprojektes erstellte Angaben zu **rund 11.500 Personen**, die zwischen 1933 und 1938 in Anhaltung genommen wurden. Rund **73%** der Anhaltehäftlinge waren Nationalsozialisten, rund **27%** Linke (Sozialdemokraten und Kommunisten).

Aufgrund der Besonderheit des ausgewerteten Quellenbestandes ist davon auszugehen, dass die Datenbank auch Angaben zu einigen hundert Personen enthält, für die Anhaltung nur beantragt wurde, die aber letztlich nicht in Anhaltung genommen wurden. Auf der anderen Seite ist anzunehmen – und lässt sich an einigen Beispielen auch nachweisen –, dass für zahlreiche Personen, die in Anhaltung genommen wurden, keine auszuwertenden Akten überliefert sind.

➔ **Ich gehe davon aus, dass vom Dollfuß-Schuschnigg-Regime zwischen 1933 und 1938 schätzungsweise rund 12.000 bis 14.000 Personen in Anhaltung genommen wurden. Ungefähr drei Viertel der Anhaltehäftlinge waren Anhänger der NSDAP, rund ein Viertel Anhänger der beiden linken Parteien SDAP und KPÖ.**

### *Verteilung der linken Anhaltehäftlinge nach Parteizugehörigkeit*

Linke AH insgesamt	3127	
davon Sozialdemokraten	1820	58,20%
davon Kommunisten	1083	34,63%
ungeklärte Zugehörigkeit	224	7,16%

Bezieht man die linken Anhaltehäftlinge, über deren Zuordnung keine oder widersprüchliche Angaben vorliegen, in die Rechnung ein, so ist der Anteil der **Sozialdemokraten mit rund 63%** und derjenige der **Kommunisten mit rund 37%** anzunehmen.

Wenn man bedenkt, dass die Kommunistische Partei bei der Nationalratswahl 1930 nur 0,6% der Stimmen errungen hatte, die Sozialdemokratische Partei hingegen 41,1%, so ist diese Verteilung der linken Anhaltehäftlinge mehr als erstaunlich – entspricht allerdings im Wesentlichen den Einschätzungen der Forschung über die Gewichtung des linken Widerstandes gegen den Ständestaat.

Aber selbst diese Zahlen täuschen, weil die Statistik sehr viele führende ältere und zumeist politisch durchaus gemäßigte Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei enthält, die anlässlich des Aufstandes vom 12. Februar 1934 gleichsam prophylaktisch verhaftet und in Anhaltung genommen wurden, ohne dass sie mit den Ereignissen das Geringste zu tun gehabt hätten.

**Ab Mitte 1934** wurden von den österreichischen Sicherheitsbehörden **durchwegs mehr Kommunisten als Sozialdemokraten in Anhaltung genommen**. Alles in allem wurde der aktive, illegale linke Widerstand gegen den Ständestaat zum überwiegenden Teil von Kommunisten und nur zum geringeren Teil von Sozialdemokraten getragen.

Die Statistik spiegelt also wider, dass nach dem Februar 1934 viele junge, radikale Sozialdemokraten aus Enttäuschung über die hinhaltende, kalmierende Taktik ihrer Parteiführung zur Kommunistischen Partei übergelaufen waren.

#### *Verteilung der nationalsozialistischen Anhaltgehäftlinge*

Juliputsch-Beteiligte	4566	54,70%
Nicht-Juliputsch-Beteiligte	3782	45,30%
<b>Gesamt</b>	<b>8348</b>	

(Nur männliche NS-Anhaltgehäftlinge.)

Rund 55% aller nationalsozialistischen Anhaltgehäftlinge waren als „Minderbeteiligte“ am **Juliputsch** vom 25. bis 28. Juli 1934 (vor allem am NS-Aufstand in den Bundesländern Steiermark und Kärnten, Oberösterreich und Salzburg) für mehrere Monate in Anhaltung genommen worden.

Unter die Angehaltenen im Lager Wöllersdorf befanden sich auch die Angehörigen der SS-Standarte 89, die am Nachmittag des 25. Juli 1934 das Bundeskanzleramt besetzt gehalten haben („Kanzleramtputschisten“). Ihre durchschnittliche Anhaltezeit betrug rund zwei bis zweieinhalb Jahre; anschließend wurden sie ins Deutsche Reich abgeschoben.

#### *Männer-/Frauenanteil*

	<b>NS</b>	<b>Linke</b>	<b>zusammen</b>
Männer	99,77%	96,58%	98,90%
Frauen	0,23%	3,42%	1,10%

Beim Frauenanteil ist zwischen nationalsozialistischen und linken Anhaltgehäftlingen ein markanter Unterschied erkennbar, der zweifelsohne auf das unterschiedliche Weltbild und Gesellschaftsmodell dieser gegensätzlichen politischen Richtungen verweist.

Insgesamt gesehen ist der Anteil der Frauen an den Anhaltgehäftlingen mit gerade 1% verschwindet gering.

Bei Frauen wurde die Anhaltung übrigens grundsätzlich nie im Anhaltelager Wöllersdorf, sondern in aller Regel in einem Polizeigefängnis vollzogen. Berühmtestes Beispiel ist die Sozialwissenschaftlerin Marie Jahoda, die Ende 1936/Anfang 1937 im Polizeigefangenenhaus an der Elisabethpromenade in Wien angehalten wurde.

## Durchschnittliche Anhaltedauer 1933-38

	<i>n</i>	durchschnittl. AH-Dauer	Median
Nationalsozialisten (inkl. Kanzleramtsputschisten)	623	4,08	3,50
Nationalsozialisten (ohne Kanzleramtsputschisten)	610	3,63	3,50 / 3,50
Linke gemeinsam	252	3,20	2,75 / 2,75
Sozialdemokraten	137	2,64	2,25
Kommunisten	98	3,83	3,00

(Anhaltedauer in Monaten. Auswertung aufgrund einer Stichprobenanalyse.)

Aus vielfältigen Gründen ist die Ermittlung der Anhaltedauer problematisch. Bei den ermittelten Zahlen handelt es sich um Näherungswerte, die trotzdem geeignet erscheinen, einen validen Einblick in die Praxis der Anhaltung zu gewinnen.

Der Median (Zentralwert), gilt im Vergleich zum Durchschnittwert (arithmetischen Mittel) als robuster gegenüber statistischen „Ausreißern“ (extrem abweichenden Werten). Er erscheint daher für valide Aussagen über die durchschnittliche Anhaltedauer am besten geeignet.

**➔ Nationalsozialisten wurden – über die ganze Periode 1933 bis 1938 gerechnet – im Schnitt rund dreieinhalb Monate, Kommunisten rund drei Monate und Sozialdemokraten zweieinviertel Monate angehalten.**

Von einer Bevorzugung der Nationalsozialisten durch die Sicherheitsbehörden (Polizei) des Ständestaates – wie in der Literatur hin und wieder vermutet – lässt sich in Bezug auf die Anhaltung aufgrund der ermittelten Werte nicht sprechen.

Nach dem **Juliabkommen vom 11. Juli 1936** und der damit verbundenen Annäherung an Hitler-Deutschland änderte sich die Anhaltepraxis aber entscheidend. Ab diesem Zeitpunkt wurden durchwegs mehr Linke als Nationalsozialisten in Anhaltung genommen. Und es ist auch erkennbar, dass **Nationalsozialisten nunmehr im Schnitt kürzer angehalten wurden als Linke** (Median Nationalsozialisten: 1,75 bis 2 Monate; Median Linke: 3 Monate).

Trotzdem: Alles in allem erfolgte eine Bevorzugung von Nationalsozialisten nicht durch die von den politischen Entscheidungsträgern direkt abhängigen Sicherheitsbehörden, sondern eher durch die – allerdings nur mehr sehr eingeschränkt – unabhängigen Gerichte. Viele Richter waren von ihrer ganzen Sozialisation her deutschnational eingestellt und zeigten daher erkennbare Sympathien für angeklagte Nationalsozialisten.

## Altersstruktur

### Altersschnitt der Anhaltehäftlinge

	Altersdurchschnitt in Jahren
Nationalsozialisten	28,95
Sozialdemokraten	36,35
Kommunisten	28,32
männliche österr. Gesamtbevölkerung (lt. Volkszählung 1934)	32,10

(Durchschnittliches Alter der männlichen Anhaltehäftlinge im Jahr 1934.)

### Altersverteilung der Anhaltehäftlinge nach dem Generationenmodell

	Nationalsozialisten	Sozialdemokraten	Kommunisten	männl. österr. Gesamtbevölkerung (lt. VZ 34)
Vorkriegsgeneration (1862–1888)	5,34%	20,82%	2,72%	32,35%
Kriegsgeneration (1889–1899)	16,96%	33,00%	18,95%	19,46%
Nachkriegsgeneration (1900–1921)	77,70%	46,17%	78,33%	48,17%

Die Ergebnisse der Altersauswertung bestätigen die Ergebnisse anderer ähnlicher Untersuchungen: **Die totalitären Parteien der Nationalsozialisten und Kommunisten waren durchwegs sehr „jung“.** Die **Sozialdemokratie** hingegen – als eines der bereits in den 1880er/1890er Jahren ausgeformten drei „Lager“ der österreichischen Politik – zeigt sich als **wesentlich „älter“** und damit im Grunde längst etabliert.

Bei den **Nationalsozialisten** und **Kommunisten** waren im Vergleich zur österreichischen Gesamtbevölkerung Angehörige der **Nachkriegs-/Nachfrontgeneration** (nicht mehr in den Ersten Weltkrieg eingezogen) stark überrepräsentiert. Die **Sozialdemokratie** hingegen kann geradezu als Partei der **Kriegs-/Frontgeneration** des Ersten Weltkrieges bezeichnet werden.

## Regionale Verteilung

	xx% aller linken AH waren in ... wohnhaft	xx% aller nationalsozialistischen AH waren in ... wohnhaft	Bevölkerungsverteilung Österreich 1934
Wien	51,16%	13,22%	27,74%
Niederösterreich	32,90%	11,03%	22,34%
Oberösterreich	2,84%	5,30%	13,36%
Salzburg	1,79%	7,35%	3,64%
Tirol	1,04%	4,75%	5,17%
Vorarlberg	0,16%	0,77%	2,30%
Steiermark	7,63%	38,46%	15,03%
Kärnten	1,47%	17,56%	6,00%
Burgenland	1,01%	1,56%	4,43%

(Nach Wohngemeinden lt. Volkszählung 1934.)

Die **linken Anhaltelhäftlinge** waren zu **84% in Wien und Niederösterreich wohnhaft**, während der Anteil dieser beiden Bundesländer an der gesamten österreichischen Bevölkerung im Jahr 1934 50% betrug. Die **nationalsozialistischen Anhaltelhäftlinge** stammten hingegen zum überwiegenden Teil aus der **Steiermark und Kärnten** (56% aller Anhaltelhäftlinge bei einem Bevölkerungsanteil von insgesamt 21%); überrepräsentiert waren zudem noch nationalsozialistische Anhaltelhäftlinge aus Salzburg.

Betrachtet man Wien näher, so ist eine deutliche Überrepräsentation von linken Anhaltelhäftlingen aus Arbeiterbezirken wie Floridsdorf, Favoriten, Ottakring, Meidling etc. erkennbar, während Nationalsozialisten überdurchschnittlich oft in bürgerlichen Bezirken wie Wieden, Währing, Josefstadt, Neubau und Mariahilf wohnhaft waren.

Bei den linken Anhaltelhäftlingen aus Niederösterreich dominierten die Industriebezirke entlang der Südbahn (wie z. B. Wiener Neustadt) sowie um St. Pölten. Auffallend viele linke Anhaltelhäftlinge stammten zudem noch aus der obersteirischen Industrieregion (Mur-Mürz-Furche) sowie dem industriell geprägten Raum um Graz.